



9. Februar 2002

**Arbeitsamt-Plusch**

# Was wusste der Kanzler?

Berlin - Die Affäre um gefälschte Erfolgsstatistiken der Arbeitsämter bringt jetzt auch das Kanzleramt in Erklärungsnot! Staatsminister Hans Martin Bury (SPD), ein enger Mitarbeiter von Kanzler Schröder, wurde bereits Anfang Januar von einem Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit über Missstände informiert. Regierungssprecher Heye bestätigte den Eingang eines entsprechenden Briefes im Kanzleramt. **Weiter Seite 2**



Gerhard Schröder und Staatsminister Hans Martin Bury

# Arbeitslosen-Skandal Kanzleramt ignorierte alle Warnschreiben

Fortsetzung von Seite 1

Von U. BRUSSEL,  
D. SCHLÜTER und  
CH. SCHMITZ

**Der mutige Prüfer aus dem Arbeitsamt, der sich mit gefälschten Statistiken nicht abfinden wollte - warum hat ihn im Kanzleramt niemand ernst genommen?**

Die Fakten: Am 6. Januar geht ein an Heiligabend verfasster Brand-Brief von Erwin Bixler, ehemals Revisor (Prüfer) beim Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland, im Kanzleramt bei Staatsminister Hans-Martin Bury (SPD) ein. Darin bietet Bixler „Unterlagen, Informationen

deckt und weitergewurstelt.“ Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye: „Absurd!“ Das Kanzleramt habe nach kritischen Presseberichten schon im Dezember das Arbeitsministerium um einen Bericht zur Arbeitsvermittlung gebeten.

Doch Fragen bleiben! So sind im Kanzleramt nur drei Alarm-Briefe Bixlers bekannt. Der mutige Prüfer hat nach eigener Darstellung dagegen fünfmal an Bury geschrieben.

Außerdem: Nach BILD-Informationen hat Bixler schon 1998 Fälschungen bei der Buchung von Vermittlungserfolgen aufge-

Herrn Staatsminister  
Hans-Martin Bury  
Büro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Staatsminister Bury,

es ist Ihnen oder Ihren Mitarbeitern und Mitarbeitern, die neben vielen anderen auch dieses Schreiben lesen müssen, sicher gelegen, dass ich ohne Floskeln und Umschweife zur Sache komme. Ich verfolge über Umwegen, Informations und Kennnisse, die den „Erfolg“ der Bundesanstalt für Arbeit (BA) beim Abbau der Arbeitslosigkeit angehen. Während der letzten Monate lediglich einzelne Facetten der Grundproblematik schlaglichtartig beleuchtet (ich habe mit diesen Berichten übrigens nicht das Gerüchte zu schaffen).

## Der erste Warn-Brief an Minister Bury

und Kenntnisse“ an, „die den ‚Erfolg‘ der Bundesanstalt für Arbeit (BA) beim Abbau der Arbeitslosigkeit angehen“.

Die Fachabteilung im Kanzleramt bittet Bixler am 9. Januar telefonisch, seine Vorwürfe zu konkretisieren. Bixler reagiert noch am selben Tag per E-Mail. Am 17. Januar liefert er weitere Details. Doch diesmal reagiert das Kanzleramt nicht. Erst nach dem Prüfbericht des Bundesrechnungshofs kommt die Sache ins Rollen.

deckt. Doch sein offizieller Bericht wurde bei der BA unterdrückt - offenbar auf Drängen von Präsident Bernhard Jagoda.

Unterdessen sorgt der Selbstmord eines leitenden Mitarbeiters des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz-Saarland für Verwirrung. Kurt Willi J. (49), bis Mai 2001 Direktor des Arbeitsamtes Neuwied, hatte sich gestern Morgen auf einem Autobahn-Parkplatz bei Saarbrücken in den Kopf geschossen, starb laut Agenturmeldungen am Nachmittag.

## Süddeutsche Zeitung

9. Februar 2002

### Kritik am Karrieristen

#### Hans Martin Bury und sein schneller Aufstieg in der SPD

Manchmal kommt es noch dicker als man zunächst glaubt. Am Mittwoch hatte sich Staatsminister Hans Martin Bury mit säuerlicher Mine von Kabinetttisch erhoben, um sich zu den Narren am Rhein aufzumachen. Zu allem Überfluss ernannte ihn Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye dann auch noch im Scherz zum "Humorbeauftragten der Bundesregierung". Von wegen Humorbeauftragter. Nach Bekanntwerden des Briefes an sein Abgeordnetenbüro, in dem Erwin Bixler, Innenrevisor beim Arbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland, auf die Missstände in der Bundesanstalt für Arbeit hinwies, hatte Bury am Freitag nichts zu lachen. Und Heye musste wieder über Bury reden. Diesmal, um den in solchen Situationen allfälligen Rücktrittsfragen vorzubeugen.

Hans Martin Bury, 35, aus Bietigheim-Bissingen hat eine atemberaubend schnelle Karriere gemacht. 1988 in die SPD eingetreten, etablierte er sich als Bundestagsabgeordneter schnell unter den *Youngstern* der Fraktion. Als Sprecher für das Post- und Telekommunikationswesen erwarb sich der vormalige Vorstandsassistent einer Bankfiliale erste Meriten. Er gehört in der SPD zu den Wirtschaftsliberalen, vielleicht deswegen und wegen seiner guten Kontakte in die Branche empfahl in Wirtschaftsminister Müller schon früh als seinen Nachfolger. Nicht alle in der SPD freuen sich, wenn er Sätze sagt wie: "Gerecht ist, was Arbeitsplätze schafft". Bury hat nicht nur Freunde und Gönner. Als er von Gerhard Schröder 1999 im Zuge personeller Umbaumaßnahmen ins Kanzleramt geholt wurde, haben sich viele daran erinnert, dass er bei den Treffen der Jungen mit Schröder sich stets in die Gunst Schröders geschmeichelt habe. Im Kanzleramt arbeitet Bury, wie zu hören ist, effizient und zuverlässig, zum Beispiel im Bündnis für Arbeit. Ein wenig mag er darunter leiden, dass der Job wenig Möglichkeiten der Selbstdarstellung bietet, jedenfalls in der Arbeitsteilung, wie sie derzeit festliegt. Wie es aussieht, braucht Hans Martin Bury keine Ängste zu haben, Opfer der Affäre in der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu werden. Allerdings gibt es sicherere Ausgangspositionen für eine Wiederwahl im September als die des Abgeordneten Bury.

## Süddeutsche Zeitung

9. Februar 2002

### Ungewöhnlicher Dienstweg

#### Erwin Bixler hat die falschen Statistiken ans Kanzleramt gemeldet

Von Detlef Esslinger Der Innenrevisor ist nicht im Dienst in diesen Tagen. Er ist krank geschrieben, und ob er eine taktische Grippe nimmt oder wirklich etwas auszukurieren hat; wer weiß das schon. Jedenfalls hält sich Erwin Bixler zu Hause auf. Seinen Kollegen und Vorgesetzten in Saarbrücken, im Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland, hat er versprochen, jetzt nicht auch noch Interviews zu geben. Die Aufregung in der Behörde ist ohnehin groß genug. Der Revisor Bixler hat, indem er sich ans Kanzleramt und ans Bundesarbeitsministerium wandte, einen nicht vorgesehenen Dienstweg gewählt. "Wir wissen nicht, was ihn dazu getrieben hat", heißt es in der Behörde. "Und wir wissen nicht, was im Einzelnen er nach Berlin berichtet hat." Man spricht nicht unfreundlich über ihn; im Gegenteil, es heißt, Bixler dürfe jetzt nicht intern zum Sündenbock gemacht werden. Zumindest die Form wird also gewahrt, was immer auch in dem Amt wirklich gedacht wird über den Mann und die Stunden bei Riester. Was hätte Eva Strobel, die Präsidentin in Saarbrücken, auch davon, wenn sie jetzt Bekundungen des Zorns verbreiten ließe.

Einen öffentlichen Satz hat sich Erwin Bixler, der 47-jährige Westpfälzer, der seit Jahren in dem Landesarbeitsamt beschäftigt ist und auch "Abschnittleiter" in der Arbeitsvermittlung war, aber doch erlaubt. Lange vor dem Gutachten des Rechnungshofes habe er "gewusst, was läuft, und ich habe immer wieder den Mund aufgemacht", so zitiert ihn am Freitag der Tagesspiegel.

Ein Satz, der immerhin korrespondiert mit dem Eindruck in der Behörde, Bixler sei wohl zu der Auffassung gekommen, Trickserien würden nicht mit Nachdruck verfolgt. Aber in der Umgebung von Eva Strobel, der Präsidentin, wird darauf verwiesen, es sei sehr wohl etwas geschehen. Dienstbesprechungen, Weisungen. Es wird aber auch darauf verwiesen, dass man die Berechnungsmethoden des Bundesrechnungshofes nicht teile. Eine Vermittlung gilt nach Meinung des Landesarbeitsamts in dem Augenblick als erfolgt, in dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen Dienstbeginn vereinbaren - und nicht erst dann, wenn der Arbeitnehmer tatsächlich bei einer Firma anfängt. Zugegeben, heißt es in Saarbrücken, es habe "eine gewisse Fehlermarge gegeben, aber nicht 70 Prozent".

In einigen Zeitungen ist jetzt auch berichtet worden, "höchste Stellen" aus Berlin hätten angerufen und die Saarbrücker Amtschefin gewarnt, Bixler jetzt bloß nicht das Leben schwer zu machen. Ein solcher Anruf wird in dem Landesarbeitsamt bestritten.



Hamburger Morgenpost vom 09.02.2002, Seite 2

## Thema des Tages

### Wer wusste wann was über die Statistik-Tricksereien der Arbeitsämter? Tipps aus der Froschperspektive

Berlin - Die Affäre um die "Potemkinschen Dörfer" der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wird immer verworrener. Fest steht: Irgendeiner muss gehen. Jagoda? Riester? Bury?

Der Mann heißt **Erwin Bixler** und ist Innenrevisor im Arbeitsamts-Bezirk Rheinland-Pfalz-Saar. Derzeit unerreichbar krank geschrieben. Verstecken musste er sich nicht. Minister Riesters Sprecher Klaus Vater: "Das ist ein sehr ehrenwerter Mann mit einem Stück Mut." Bixler hatte im vorigen Jahr bei seinen Kontrollen katastrophale Missstände in der Arbeitsvermittlung festgestellt. Doch seine Vorgesetzten wollten davon nichts wissen. Als er Anfang Dezember im "Stern" den Report "Jobs? Dafür haben wir keine Zeit!" las, war er tief berührt. Genau die Beispiele, die auch er erlebt hatte: Überforderte Vermittler, die ihre "Fälle" von einem Aktenberg auf den anderen schieben. Am Heiligabend setzte sich Bixler hin, schrieb einen Brief an Kanzleramtsminister Hans Martin Bury. Allerdings adressierte er ihn an dessen Abgeordnetenbüro. Das war erst am 3. Januar wieder besetzt, leitete den Brief aber gleich an das Kanzleramt weiter. Bixler gab zunächst nicht zu erkennen, dass er Revisor ist. Er bat um strikte Vertraulichkeit, denn er hatte Angst, bei seinen Vorgesetzten angeschwärzt zu werden. Eine Mitarbeiterin Burys telefonierte mit ihm, bat um Konkretisierung. Dem kam Bixler mit zwei E-Mails am 9. und 17. Januar nach. Was er nicht wusste: Das Kanzleramt hatte bereits nach Erscheinen des "Stern"-Artikels eine Stellungnahme des Arbeitsministeriums angefordert. Als man ihn dort überzeugt hatte, dass er sich Riester anvertrauen könne, schrieb Bixler an ihn. Er habe zunächst nicht erwogen, sich an ihn zu wenden, "weil ich aus meiner froschlichen Perspektive nicht einschätzen konnte, was man im Arbeitsministerium wusste". Riester handelte sofort: Bixler wurde nach Berlin gebeten und packte sechs Stunden lang aus. Die Informationen passten zu dem, was man aus dem Berichts-Entwurf des Bundesrechnungshofs wusste. Bixler ist für Riester jetzt ein wichtiger Kronzeuge dafür, wie die BA unter ihrem Präsidenten Bernhard Jagoda jahrelang geschlampt und getrickst hat. Jagoda sagt: "Bei Sturm geht ein Kapitän nicht von Bord." Doch längst wird in Berlin über eine Nachfolgelösung geredet. Riester möchte keinen Politiker mehr auf den Nürnberger Chefessel setzen. Er denkt an einen erfahrenen Unternehmensberater. Im BA-Vorstand selber müsste auch aufgeräumt werden. Dass Ursula Engelen-Kefer (DGB), selbst einst BA-Vize, nichts gewusst haben soll, nimmt ihr niemand ab. Die FDP fordert ihren Rücktritt. Riester? Er hat die Rechtsaufsicht über die BA und die Dienstaufsicht über Jagoda und seinen Vize Otto Semmler. Sein Staatssekretär Werner Tegtmeier vertritt im Vorstand den Staat. Bei ein wenig mehr Misstrauen hätte das Arbeitsministerium früher etwas merken können - spätestens bei der Formulierung des Job-Aktiv-Gesetzes, mit dem Arbeitslose gesetzlichen Anspruch auf Vermittlung bekamen. Und Bury? Schröders 36-jähriger Jungstar, zunächst im Verdacht, etwas vertuscht zu haben, ist vorerst aus dem Schneider.

**DIE WELT**

9. Februar 2002

## Wer muss es ausbaden?

### Die Arbeitsamt-Affäre zieht weitere Kreise

Von Cornelia Wolber

*Kanzleramtsminister Bury (SPD) wusste schon Anfang Januar vom Vorwurf falscher Vermittlungszahlen. Ein Revisor hatte ihm geschrieben. Doch da sich das Kanzleramt nicht rührte, schrieb derselbe Beamte auch an den Arbeitsminister. Das Ergebnis ist bekannt, die Konsequenzen bislang nicht.*

Uwe-Karsten Heye war gut präpariert. Haarklein listete der Regierungssprecher gestern auf, wann welche Briefe bei wem wo eingegangen seien, um den Vorwurf, das Kanzleramt säße in der Affäre um gefälschte Arbeitsmarktstatistiken mit im Boot, schnellst möglich wieder aus der Welt zu schaffen.

"Ja", bestätigte Heye, es gebe einen Brief eines Arbeitsamtsrevisors an Staatsminister Hans Martin Bury. Dieser sei am 3. Januar in Burys Abgeordnetenbüro eingegangen und drei Tage später per Fax auf seinem Tisch im Kanzleramt gelandet. Da das Schreiben sehr allgemein gehalten gewesen sei, habe Bury am 9.1 "um Konkretisierung" gebeten. Dies sei per E-Mail am 17. Januar erfolgt. Da der Mitarbeiter um Vertraulichkeit gebeten habe, hätte das Kanzleramt das Schreiben nicht an das Arbeitsministerium weitergeleitet. Bury daraus einen Strick drehen zu wollen, ihm gar vorzuwerfen, er habe die Sache verschleppt, sei absurd, sagte Heye.

Tatsächlich aber vergingen Tage, ohne dass der dienstbeflissene Revisor wieder etwas aus dem Kanzleramt hörte. Also wandte er sich an Arbeitsminister Walter Riester. "Zu meiner Offenheit gehört auch das Eingeständnis, dass ich ursprünglich nicht erwogen hatte, mich in dieser Sache an das für die BA zuständige Ministerium zu wenden", heißt es in seinem Schreiben vom 28. Januar. Unter anderem, "weil in dieser Sache unter Einhaltung des Dienstweges und unter Beachtung von Zuständigkeiten noch niemals etwas erreicht wurde, dachte ich, es würde sich als effektiver erweisen, direkt an im Bundeskanzleramt angesiedelte Funktionsträger zu schreiben. Maßgeblich dafür war ferner die Überlegung, dass, das mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit und den im Bündnis für Arbeit getroffenen Vereinbarungen (Vermittlungsoffensive) ein zentrales Anliegen des Herrn Bundeskanzlers tangiert ist. Also adressierte ich mein erstes Schreiben an Außenstehende in dieser Sache an das Abgeordnetenbüro des Herrn Staatsministers Martin Bury. Allerdings bin ich dort bis dato nicht auf erkennbares Interesse gestoßen."

Riester lud den Mann daraufhin am 30. Januar zum Gespräch ins Ministerium und dieser durfte endlich erzählen, was ihm so sehr am Herzen lag: In den Arbeitsämtern wird geschlampt, was das Zeug hält. Neu war das für den Minister nicht mehr. Allenfalls die bittere Bestätigung, für den Bericht des Bundesrechnungshofes, den Riester seit 18. Januar kannte.

Fuchsteufelswild soll der Chef gewesen sein, berichteten Ministeriumsmitarbeiter. Kein Wunder. In einer Zeit, da die Umfragewerte für die SPD hinter denen der Union liegen, 4,29 Millionen Arbeitslose gemeldet sind und die Bundesregierung nicht wirklich weiß, wie sie das ändern kann, ist Ineffizienz in der Arbeitsvermittlung das letzte, was der Kanzler und sein Arbeitsminister gebrauchen können. Flucht nach vorn, lautet daher jetzt die Parole, alles soll rückhaltlos aufgeklärt werden. Relativ zeitnah tauchte der erste Bericht in der Presse auf. Von wem lanciert, wisse er nicht, sagte Riester. Die Innenrevision der Bundesanstalt prüft bereits weitere zehn Arbeitsämter. Zusätzlich 20 knöpft sich der Rechnungshof ab April vor. Weil das dem Minister noch immer nicht reicht, will er zudem noch externen Sachverstand einkaufen. Und wie auch immer die Ergebnisse ausfallen, eine Reform in Richtung mehr Wettbewerb ist schon jetzt beschlossene Sache. "Mir kommt es nicht darauf an, wer vermittelt, Hauptsache das Ergebnis stimmt", sagte der Minister.

Spätestens an diesem Punkt drängt sich die Frage auf, was denn passiert wäre, wenn es keinen mutigen Innenrevisor und keinen Rechnungshofbericht gegeben hätte. Die Antwort ist einfach: Alles wäre so weitergelaufen wie bisher.

Das stimmt manchen Regierungskoalitionär stutzig. Bereits im Koalitionsvertrag wurde die Reform der Arbeitsförderung festgelegt. Dann dauerte es lange, bis man sich auf Eckpunkte für ein Gesetz geeinigt hatte. Rausgekommen ist das so genannte Job-Aktiv-Gesetz. Dessen Leitidee heißt fördern und fordern. Mit anderen Worten: Die Arbeitsämter tun alles in ihrer Macht stehend Mögliche, um Arbeitslose schneller und passgenauer auf eine Stelle zu vermitteln. Im Gegenzug werden den Betroffenen schärfere Auflagen als bislang gemacht. Der Ansatz wird von der gesammelten Fachwelt gelobt. Er kann aber nur funktionieren, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür in den Ämtern und der Arbeit der Vermittler vorhanden sind. Daran gibt es nun jedoch berechtigte Zweifel.

Um ein Gesetz gerungen zu haben, dessen Umsetzung offenbar schon vor in Kraft treten fraglich gewesen ist, macht manchen Fraktionär "ziemlich wütend". Zumal das Job-Aktiv-Gesetz abgesehen von zeitlich gestreckten Investitionsprogrammen und der Hoffnung auf eine baldige Besserung der Konjunktur derzeit das einzige Mittel der Bundesregierung gegen die Massenarbeitslosigkeit ist.

Da hätte man doch früher schon genauer hingucken müssen, heißt es in den Fraktionen. Adressat für solche Forderungen ist der Arbeitsminister, denn sein Haus ist für die BA zuständig. Einschlägige TV-Sendungen und Presseberichte habe er wahrgenommen, sagt Riester. Passiert ist -- bis auf die Bestätigung von Bernard Jagoda (CDU) als Präsident der BA für weitere fünf Jahre -- jedoch wenig.

Entsprechend fordern Union und FDP, dass der Minister die Konsequenzen ziehen und zurücktreten müsse. Doch das lehnt Riester kategorisch ab. Schließlich räume er jetzt mit dem auf, was die Union unter 16 Jahren Kanzler Kohl mit verbockt hätte, so seine Begründung.

Bis Ende der kommenden Woche hat Riester Jagoda Zeit gegeben, einen umfangreichen Fragenkatalog zu beantworten. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob die BA das sicherstellen kann, was das Job-Aktiv-Gesetz bewirken soll: Arbeitslose schneller und passgenauer zu vermitteln, damit der Staat Geld sparen kann. Und das so schnell wie möglich. Schließlich hängt der Wahlerfolg von Schröder & Co. im wesentlichen davon ab, wie sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Herbst entwickelt.

Klar ist jedoch schon jetzt, dass Jagoda binnen sieben Tagen nicht alle Anforderungen, die das Job-Aktiv-Gesetz an seine Behörde stellt, gewährleisten können wird. Also wird bereits gemunkelt, dass das Gespräch zwischen Riester und Jagoda am kommenden Freitag um zehn Uhr in Berlin das letzte sein könnte.



09. Februar 2002, 10:21

(Auszug)

## Arbeitsamt-Affäre

# Jagoda war seit 1998 informiert

**Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Bernhard Jagoda, gerät immer mehr unter Druck. Die Missstände bei der Buchung von Vermittlungserfolgen kennt er seit vier Jahren, getan hat er dagegen wenig.**

Hamburg - BA-Sprecher Eberhard Mann bestätigte am Samstag Medienberichte, wonach Jagoda schon 1998 offiziell informiert wurde, dass die gemeldeten Arbeitsvermittlungen nicht mit den tatsächlichen Erfolgen der Vermittler übereinstimmten. Damals wurde nach Angaben von Mann eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Vorschläge aber nur zum Teil umgesetzt wurden.

Den Vorwurf, Jagoda habe die Erkenntnisse über falsche Vermittlungsstatistiken ignoriert, hatte ein Revisor des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz-Saarland gegenüber der Bundesregierung erhoben. Regierungskreise in Berlin bestätigten am Samstag einen Bericht der "Bild"-Zeitung, dass Jagoda nach Angaben des Arbeitsamtsprüfers Erwin Bixler Informationen über geschönte Statistiken seit 1998 missachtet haben soll. Öffentlich geworden war der Skandal erst Anfang Februar diesen Jahres durch einen Bericht des Bundesrechnungshofs.

Bixler, der sich wegen der Missstände in Arbeitsämtern seit Dezember verschiedentlich an den Staatsminister im Kanzleramt, Hans Martin Bury, und an Arbeitsminister Walter Riester gewandt hatte, will nach dem "Bild"-Bericht Jagoda persönlich bereits 1998 informiert haben. Geschehen sei danach nichts.

BA-Sprecher Mann betonte dagegen, von dem Brief Bixlers Jagoda erst am 30. Januar 2002 erfahren. 1998 habe aber eine umfassende Innenrevision Hinweise auf mögliche Mängel der Statistik nur im Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland ergeben. Daraufhin sei damals eine Arbeitsgruppe gegründet worden. Deren Vorschläge seien allerdings später nur teilweise umgesetzt worden. Mann bekräftigte, dass Jagoda nicht zurücktreten wolle.

(...)



9. Februar 2002  
(Auszüge)

## Jagoda verneint Rücktrittsabsicht

### Kanzleramt war seit Dezember über BA-Praktiken informiert

(...) Jagoda versuchte am Freitag, Vorwürfe zu entkräften, in der von ihm geleiteten Behörde seien Angaben mit Vorsatz gefälscht worden. "Ich schließe aus, dass wir absichtlich in dieser Größenordnung gefälscht haben, um besser dazustehen", sagte er. (...)

Die Bundesregierung selbst war durch einen Ex-Revisor der Bundesanstalt (BA) offenbar schon am 24. Dezember 2001 von undurchsichtigen Praktiken in der Arbeitsverwaltung unterrichtet worden. Dieser hatte sich zunächst per Brief an den Kanzleramtsminister Hans Martin Bury (SPD) gewandt. Nach den Festtagen habe das Kanzleramt den Informanten gebeten, Details seiner Vorwürfe zu erläutern. Am 28. Januar [*richtig ist: 24. Januar – Anmerkung des Autors*] wandte sich der Arbeitsamtsbeschäftigte in einem Brief auch an Bundesarbeitsminister Riester, den die FR in Auszügen dokumentiert. Darin heißt es: "Die Mitarbeiter der BA müssen sich notgedrungen weiterhin mit Ausbau und Pflege Potemkinscher Dörfer beschäftigen." (...)

### Wie ein veraltetes Stahlwerk (Kommentar)

(...) Alle wissen seit Jahren: Aufwand und Erfolg stehen bei den Nürnbergern in keinem guten Verhältnis; ob Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen oder Vermittlung. Im Prinzip lief das System trotzdem aus drei Gründen weiter: Die wuchtigen Tanker (die Volksparteien, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber) sind alle eingebunden. Alle trösteten sich mit der Erkenntnis, diese Behörde bewirkt zwar nicht genug, aber immerhin etwas. Und alle benutzten die Nürnberger als Ausbesserungsanstalt: Die verarmte Kommune erhält ABM-Mittel, die Regierungen bläht den Etat für Umschulungen auf, um so die Arbeitslosenstatistik zu beschönigen.

Es kann nun sein, dass erstmals eine politisch so unberechenbare Situation entsteht, dass dieses politische Kartell sich in Analyse und Handeln zu radikaleren und weitreichenderen als bisher gezwungen sieht. Das sind die besonderen Umstände: Die Arbeitslosenzahl steht auf Rekordniveau. Es ist Wahlkampf. In diesem Wahlkampf steht der Misserfolg des Kanzlers in Sachen Arbeitsmarkt im Mittelpunkt. *Und* es gibt die Fälschungsberichte, also die Skandalisierung durch vermutlich unrechtmäßiges Behörden-Handeln; und wer weiß, was aus diesem Apparat noch an die Oberfläche geschleudert wird. Dass sich dies alles in *einem* Moment traf, das macht die Brisanz und Unberechenbarkeit der Situation aus. (...)

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

9. Februar 2002  
(Auszug)

## Rot-Grün zeigt auf Jagoda "Er ist nicht mehr zu halten"

### Kanzleramt war über Arbeitsamt-Statistiken frühzeitig informiert/ Heye: Riester zieht die Konsequenzen

Die Kritik wegen der Manipulation von Arbeitsämtern an den Vermittlungsstatistiken richtet sich immer stärker gegen den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda. "Jagoda ist nicht mehr zu halten", hieß es am Freitag in der rot-grünen Koalition in Berlin. Diese Einschätzung wird auch in Kreisen der Selbstverwaltung der Bundesanstalt geteilt. Jagoda sei nicht mehr glaubwürdig. Gerade er sei stets "durch die Lande gezogen" und habe von den großen Vermittlungserfolgen seiner Arbeitsämter berichtet. Vor offenen Rücktrittsforderungen an den CDU-Politiker schrecken allerdings auch scharfe Kritiker noch zurück. Dabei spielt in der Koalition vor allem das Motiv eine Rolle, es könne vorerst für die Regierung noch ganz nützlich sein, wenn Jagoda im Zentrum der Kritik stehe und die Mitverantwortung von Arbeitsminister Riester darüber nicht so deutlich wahrgenommen werde.

Diese Vermutung wird auch in Kreisen der Bundesanstalt geäußert. "Wenn Jagoda geht, ist die erste Verteidigungslinie weg", heißt es warnend aus Nürnberg. Niemand könne so tun, als habe er von den Schwierigkeiten der Vermittlung nicht gewusst. "Die Bundesanstalt atmet nicht, ohne dass das Bundesarbeitsministerium nicht informiert ist", hieß es. Riesters Leute säßen auf jeder Ebene der Bundesanstalt, sein Staatssekretär Tegtmeier ganz oben im Vorstand. (...)

Zugleich musste Heye bestätigen, dass das Bundeskanzleramt schon vor Bekanntwerden des Bundesrechnungshofsberichts über offensichtlich geschönte Vermittlungsstatistiken informiert worden ist. Derselbe Mitarbeiter aus der Innenrevision der Bundesanstalt, der sich später an Riester gewandt habe, habe in einem Brief vom 24. Dezember Kanzleramtsminister Bury über Versäumnisse bei der Vermittlung informiert. Das "sehr allgemein gehaltene Schreiben" sei an das Abgeordnetenbüro von Bury gerichtet gewesen und habe den Kanzleramtsminister wegen der Feiertage erst am 6. Januar erreicht. Drei Tage später habe Bury den Mitarbeiter telefonisch darum gebeten, die Vorwürfe zu präzisieren. Dies sei in zwei E-Mails am 9. und 17. Januar auch erfolgt.

Der Absender habe das Kanzleramt dringlich darum gebeten, Riester nicht über den Brief zu informieren. (...)

Intern bezweifeln Mitarbeiter der Bundesanstalt das Interesse der Bundesregierung an einer wirklichen Aufklärung der Vorwürfe. "Wir sind verurteilt und müssen damit leben". Sie schließen zudem nicht aus, dass die Veröffentlichung des Rechnungshofsberichts aus Berlin möglicherweise so gesteuert wurde, dass sie mit der Bekanntgabe der katastrophalen Arbeitslosenzahl von knapp 4,3 Millionen zusammengefallen ist. "Über die Arbeitslosigkeit wird gar nicht mehr gesprochen", heißt es in der Anstalt bedauernd. (...)